

Herr Knülle lobte, dass die Verwaltung ein Konzept zur Einführung der mobilen Arbeit ausgearbeitet habe und bat darum, entsprechende Mittel auch im nächsten Haushalt zu berücksichtigen. Bei der lfd. Nummer 5 ginge es um Bordsteinabsenkungen. Hier solle von der Verwaltung Stellung genommen werden.

Herr Gleß erklärte, dass sich die Stadtverwaltung in der interdisziplinär besetzten Arbeitsgruppe Inklusion mit der Thematik auseinandersetze. Hier werde eine Konzeption erarbeitet, wo und an welchen Stellen im Stadtgebiet prioritär Maßnahmen durchgeführt würden. Daher solle das Geld auch weiter zur Verfügung stehen.

Herr Knülle erläuterte, dass bei diesen finanziellen Mitteln keine langfristigen Prioritätenpläne entwickelt, sondern konkret die ersten Mittel eingesetzt werden sollten.

Herr Gleß sagte, wenn man vor der Frage stehe, wo diese finanziellen Mittel für Bordsteinabsenkungen eingesetzt werden könnten, dann sei man direkt bei der Frage nach Prioritäten. Die Stadtverwaltung habe einen Fahrplan ‚Barrierefreies Sankt Augustin‘. Dieser beinhalte eine langfristige Überlegung, wie mit dem öffentlichen Straßenraum umzugehen sei. Die Fachverwaltung benötige eine Gesamtkonzeption für das Stadtgebiet. Es sei nicht sinnvoll, auf Zuruf zu arbeiten oder so diverse Stellen im Stadtgebiet abzarbeiten. Bürgersteigabsenkungen seien auch bereits vorgenommen worden.

Herr Knülle zeigte sich verwundert darüber, dass diese Überlegungen nach Prioritäten nun erst anderthalb Jahre nachdem der Ausschuss einen Beschluss dazu gefasst habe, beginnen würden. Dies Mittel seien im Herbst 2017 eingesetzt worden um zusätzliche gesonderte Maßnahmen durchführen zu können. Hiermit solle eine schnell Bearbeitung von problematischen Stellen in Sankt Augustin ermöglicht werden. Diesem Auftrag der Politik nach zusätzlichen Maßnahmen sei die Verwaltung nicht nachgekommen.

Der Bürgermeister widersprach der Aussage von Herrn Knülle, dass bisher nichts passiert sei.

Herr Metz dankte der SPD-Fraktion dafür, dass sie dieses Thema noch mal auf die Tagesordnung genommen habe. Wie Herr Knülle bereits erklärt habe, handele es sich bei Bordsteinabsenkungen um eine Angelegenheit, wo nach wenigen Kriterien, aber ohne großen Prioritätenplan an Stellen, wo dies notwendig sei, abgeholfen werden könne.

Frau Feld-Wielpütz widersprach Herrn Knülle dahingehend, dass bereits an bestimmten Stellen im Stadtgebiet Bordsteinabsenkungen vorgenommen wurden. Es sei auf das Handeln von Herrn Gleß und seiner Verwaltung zu vertrauen.

Herr Knülle fragte, ob aus den zusätzlichen Mitteln die eingestellt wurden, in 2018 etwas abgeflossen sei.

Herr Rupp antwortete, dass seines Wissens aus diesen zusätzlichen Mitteln nichts abgeflossen sei.

Herr Knülle bekräftigte, dass dann mit diesen Mitteln bereits ohne lange Überlegung Vorschläge zur Umsetzung für Bordsteinabsenkungen gemacht werden könnten.

Der Bürgermeister widersprach Herrn Knülle, das die öffentliche Verwaltung so nicht funktioniere und so nicht arbeite.

Herr Schell griff die lfd. Nummern 6, 7 und 10 auf und fragte wie hier die Zeitplanung sei.

Der Bürgermeister erwiderte, dass dies nachgereicht würde.

Herr Knülle sprach die lfd. Nr. 13 an und fragte nach dem aktuellen Sachstand.

Herr Kallenbach antwortete, dass an der entsprechenden Stelle ein zusätzlicher Laternenmast gesetzt werden müsse und dass es mit einem einfachen Versetzen der Laterne nicht getan sei. Dies würde im Jahr 2019 geschehen.